Der Landrat sagte, er sei froh und dankbar für diesen Antrag, der als Initialantrag und Initialbemühung für eine deutliche Positionierung der Region bei diesem Thema sehr förderlich gewesen sei. So habe diese Antragstellung dazu geführt, dass in Bonn und im Kreis Ahrweiler derartige Bemühungen entfaltet worden seien, indem Oberbürgermeister Sridharan die beiden Landräte sowie die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Region zu Arbeitsgesprächen eingeladen habe. In der vergangenen Sitzung der Arbeitsgruppe habe es erfreulicherweise eine einstimmige Verabschiedung für die redaktionelle Schlussbearbeitung eines Positionspapiers zur Berlin/Bonn Diskussion gegeben. Man habe die Hoffnung, dass am Montag, 4. Juli 2016 dieses Positionspapier einvernehmlich verabschiedet werden könne. Der Landrat war der Ansicht, dass es förderlich sei, wenn die Region eine einheitliche Position mit allen politischen Kräften zu diesem Thema beziehe. Eine Beschlussfassung in der heutigen Kreistagssitzung zu dem unter diesem Tagesordnungspunkt gestellten Antrag könne in der öffentlichen Wahrnehmung zu Irritationen führen. Deshalb halte er es für zielführender, dass der gemeinsame Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU, DIE GRÜNEN und FDP vertagt werde.

Der Landrat sagte zu, das am 4. Juli 2016 zu verabschiedende Positionspapier zeitnah den Fraktionen zuzuleiten. Nach der Sommerpause könne das Positionspapier in den parlamentarischen Beratungsgang eingebracht werden.

Der Abg. Dr. Bieber erklärte, man werde den gemeinsamen Antrag in der heutigen Sitzung nicht zur Abstimmung stellen, sondern das Positionspapier der Arbeitsgruppe abwarten. Man wolle nicht für Irritationen sorgen und sei froh, dadurch Impulse gesetzt zu haben.

Der Abg. Tandler bemerkte, dass seine Fraktion an der Aufstellung des Positionspapiers im gemeinsamen Antrag nicht beteiligt worden sei. Man habe sehr wohl festgestellt, dass es Sinn machen würde, wenn man sich starke Verbündete suche, um die Position der Region nochmals zu stärken. Seine Fraktion hätte es begrüßt, wenn man in dieser Angelegenheit die Position des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landes Rheinland-Pfalz abgewartet hätte. Weiter wies der Abg. Tandler auf eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema in Berlin hin, die der Abg. große Deters und er besucht hätten. Hierbei sei eindeutig artikuliert worden, dass man davon ausgehe, dass alle Ministerien von Bonn nach Berlin verlagert werden. Der ebenfalls anwesende Oberbürgermeister Sridharan und der Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg, Wolfgang Grießl hätten dagegen wenige Möglichkeiten gehabt zu opponieren. Schließlich stelle sich Berlin sehr stark auf, sodass die Region aufpassen müsse.

Für den Verbleib der Ministerien haben die Region und die Bundesstadt Bonn gute Argumente, die man in den Vordergrund stellen müsse.

Der Abg. Tandler bemerke außerdem, dass in dem gemeinsamen Antrag Positionen fehlen würden, die man in einem gemeinsamen Papier noch einbringen müsse. Insofern begrüße er es, wenn der Antrag nicht zur Abstimmung gelange.

Der Abg. Steiner sagte, dass man, wie bereits der Abg. Dr. Bieber erwähnte, mit dem Einbringen des Positionspapiers Impulse für die Region gesetzt habe. Man müsse sich gemeinsam in der Region aufstellen und eine gemeinsame starke Position mit einer gemeinsamen Meinung gegenüber Berlin zeigen.

Dass sich dieses Thema so lange hinziehe, könne man nicht dem Kreis vorwerfen, da man frühzeitig reagiert habe. Er sei dankbar, dass man es im Rhein-Sieg-Kreis geschafft habe, diesen Prozess anzustoßen.

Der Abg. Otter erklärte, seine Fraktion sei ebenfalls der Ansicht, dass man sich bei diesem Thema gemeinsam aufstelle. Jedoch habe man ein Problem hinsichtlich der bisherigen Entwicklung der Arbeitsplätze, zumal der Berlin/Bonn Beschluss einen Verbleib von 50 % der

Arbeitsplätze in Bonn vorgesehen habe. Nach letzten Schätzungen liege man heute lediglich bei 37 %, sodass über die fehlenden 13 % Redebedarf bestehe.

Der Abg. Dr. Lamberty sagte, dass auch seine Fraktion eine Vertagung des Antrages mittragen werde. Auf Nachfrage des Abg. Dr. Lamberty hinsichtlich des weiteren zeitlichen Ablaufes nach Verabschiedung des gemeinsamen Positionspapier am 4. Juli 2016 und des Adressaten des Papiers, sagte der Landrat, dass man lediglich erfahren habe, dass Ministerin Hendricks nach Abschluss des Statusberichtes nach der Sommerpause eine Kabinettsvorlage einbringen wolle. Ob und mit welchem Ergebnis das erfolge, wisse man nicht, aber man wolle durch das gemeinsame Positionspapier vorbereitet sein. Darüber hinaus gebe es noch die Gesprächszusage von Ministerin Hendricks, welches nach der Statuserhebung geführt werden solle.

Weiter verdeutlichte der Landrat, dass es wichtig sei, durch dieses Papier eine gemeinsame Position in dieser Angelegenheit zu dokumentieren. Ob dieses Positionspapier zur kommenden Kreistagssitzung im September Beratungsgegenstand werde, könne er zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Der Abg. Dr. Fleck bemerkte, dass die damalige LINKE-Partei den Ausschlag für den Umzugsbeschluss nach Berlin gegeben habe.